



VDB e.V. Bundesgeschäftsstelle, Gisselberger Str. 10, 35037 Marburg

SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Nur per E-Mail an:
direktkommunikation@spdfraktion.de
carmen.wegge@bundestag.de

VDB e.V. Bundesgeschäftsstelle
- Bereich Interessenvertretung -
Gisselberger Str. 10
35037 Marburg

Tel. +49 (0)64 21/480 75-00
Fax +49 (0)64 21 /480 75-99
interessen@vdb-waffen.de
www.vdb-waffen.de

Marburg, 02.10.2024

Das Waffenrecht ist keine tatsächliche Ursache für Solingen!

Sehr geehrte Unterzeichnerinnen und Unterzeichner,
sehr geehrte Frau Wegge,

mit Interesse haben wir den [offenen Brief der fast 13.000 SPD-Genossen](#) gegen das Sicherheitspaket und [die Antwort der Bundes-SPD](#) gelesen. Wir unterstützen vollumfänglich die Aussage, dass mehr Sicherheit nur dann erreicht werden kann, wenn die Hintergründe von Anschlägen wie dem in Solingen ehrlich benannt und die tatsächlichen Ursachen dieser Taten bekämpft werden.

Dieses allerdings mit der Richtigkeit einer Verschärfung des Waffenrechts zu beantworten, sehen wir als Affront, denn es steht ganz klar Ihrer Aussage entgegen, für die Würde aller Menschen eintreten zu wollen und sozialdemokratische Werte zu leben.

Wir betonen erneut, dass die geplante Verschärfung des Waffenrechts die Anschläge von Solingen und Mannheim nicht verhindert hätten. Einmal davon abgesehen, dass es verboten ist, Menschen zu [verletzen](#) oder gar zu [töten](#), fallen die verwendeten Messer bereits jetzt unter das [Führverbot nach §42a WaffG](#). Damit müssten nach Ihrer Argumentation die bestehenden Gesetze solche Taten bereits verhindern. Sie werden jedoch von Tätern bewusst missachtet – die geplanten Verschärfungen treffen deshalb nur rechtschaffene Bürger, tragen aber nicht zur inneren Sicherheit bei!

Als SPD wollen Sie sich verpflichten, politische Maßnahmen vorzuschlagen, die wirklich zu mehr Sicherheit beitragen und nicht Aktionismus sind. In Sachen Waffenrecht beweisen Sie genau das Gegenteil!

Die Spirale, die Sie in der Migrationspolitik fürchten, ist im Waffenrecht bereits im vollen Gange! Verstöße gegen das Waffengesetz wie in Solingen führen zu einer erneuten Verschärfung und damit einer weiteren Einschränkung der Freiheitsrechte all jener, die das Gesetz achten!

Stehen Sie zu Ihrem Wort und zeigen Sie auch in diesem Punkt Haltung, Ursachen zu analysieren und politische Maßnahmen umzusetzen, die mehr Sicherheit schaffen. Wir haben bereits eine ausführliche Stellungnahme zum aktuellen Gesetzentwurf vorgelegt und konkrete Vorschläge für sinnvolle Veränderungen gemacht. Wir betonen abermals unsere Bereitschaft, Sie mit unserer Expertise zu unterstützen, um gemeinsam nach sinnvollen und wirksamen Lösungen zu suchen, die tatsächlich zur Erhöhung der Sicherheit in unserer Gesellschaft beitragen, ohne dabei die Rechte verantwortungsvoller Bürger und legaler Waffenbesitzer unverhältnismäßig einzuschränken.

Mit freundlichen Grüßen,


Michael Blendinger
Präsident


Frank Satzinger
1. Vizepräsident


Achim Schäfer
2. Vizepräsident (Schatzmeister)